

Positionspapier

Weichenstellungen für die deutschen Schlüsselindustrien

Wichtigste Herausforderungen und Lösungsansätze

Positionspapier

Weichenstellungen für die deutschen Schlüsselindustrien

Wichtigste Herausforderungen und Lösungsansätze

Unterzeichner

Dr. Henrik Meincke, *Verband Chemischer Industrie (VCI)*

Norbert Theihs, *Verband Chemischer Industrie (VCI)*

Daniel Sahl-Corts, *Verband Deutscher Maschinen- und Anlagenbau e.V. (VDMA)*

Dr. Claus Michelsen, *Verband Forschender Arzneimittelhersteller e.V. (vfa)*

Dr. Matthias Meergans, *Verband Forschender Arzneimittelhersteller e.V. (vfa)*

Dr. Andreas Gontermann, *Verband der Elektro- und Digitalindustrie e.V. (ZVEI)*

Sebastian Renke, *Verband der Elektro- und Digitalindustrie e.V. (ZVEI)*

Wissenschaftliche und redaktionelle Koordination

Prognos AG

Sponsoren

Roche Pharma AG

Merck Healthcare Germany GmbH

Abschlussdatum

Mai 2025

1 Aktuelle Lage

Die künftige Bundesregierung bekräftigt ihre Absicht, die deutsche Industrie als zentralen Teil der Volkswirtschaft weiter zu stärken. Der Koalitionsvertrag betont die Rolle der Industrie als Motor für Wachstum, Innovation und Beschäftigung. Angesichts der aktuellen globalen Herausforderungen gilt es, die Rahmenbedingungen für die Industrie zügig und spürbar zu verbessern.

Der Koalitionsvertrag greift zentrale Anliegen der Industrie ausdrücklich auf: Investitionen, Innovationen und Wettbewerb sollen gefördert, steuerliche Belastungen und Energiepreise gesenkt, Bürokratie abgebaut und Genehmigungsverfahren beschleunigt werden. Zudem werden eine aktive, regelbasierte Handelspolitik und die Stärkung des europäischen Binnenmarktes angestrebt. Leitmärkte für klimafreundliche Produkte, Planungssicherheit und der Verzicht auf Überregulierung sollen faire Wettbewerbsbedingungen schaffen. Diese Maßnahmen greifen viele der auf den folgenden Seiten dargestellten Herausforderungen der Industrie auf – entscheidend ist nun die konsequente Umsetzung.

2 Deutsche Schlüsselindustrien

Die deutsche Wirtschaft befindet sich in einer Schwächephase, ohne dass derzeit eine deutliche Besserung in Sicht ist. Zentraler Bestandteil und zugleich Rückgrat der deutschen Wirtschaft ist der industrielle Kern, der maßgeblich zur Wertschöpfung und Innovationskraft des Landes beiträgt. Innerhalb dieses Kerns befinden sich mehrere Schlüsselindustrien, die für die wirtschaftliche Prosperität und Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands von besonderer Bedeutung sind:¹

- Automobilindustrie²
- Pharmazeutische Industrie
- Elektro- und Digitalindustrie³
- Chemische Industrie
- Maschinenbau

Diese Branchen wurden von der Prognos AG im Rahmen einer Studie im Auftrag von Roche und Merck als Schlüsselindustrien für Deutschland identifiziert. Die Identifikation erfolgte durch eine kombinierte Bottom-up- und Top-down-Analyse auf Basis von 34 Einzelindikatoren. Diese Indikatoren wurden den Kategorien „Beschäftigung und Arbeit“, „Volkswirtschaftliche Bedeutung“ sowie „Technologie und Innovation“ zugeordnet und in einem Gesamtranking zusammengefasst.

Die genannten Schlüsselindustrien sind für den Wirtschaftsstandort Deutschland von großer wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Bedeutung: Sie erwirtschafteten im Jahr 2022 eine Bruttowertschöpfung von rund 380 Milliarden Euro, was 54 % der gesamten Bruttowertschöpfung des

¹ Eine ausführliche Herleitung und Analyse der Schlüsselbranchen ist [hier](#) abrufbar.

² Die Automobilindustrie umfasst den Wirtschaftszweig *Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen*.

³ Die Elektro- und Digitalindustrie umfassen die Wirtschaftszweige *Herstellung von elektrischen Ausrüstungen* und *Herstellung von Datenverarbeitungsgeräten, elektronischen und optischen Erzeugnissen*.

Verarbeitenden Gewerbes entspricht. Bezogen auf die gesamten Exporte deutscher Unternehmen im Jahr 2023 liegt der Anteil der Schlüsselindustrien sogar bei zwei Dritteln. Zudem sind in den Schlüsselindustrien fast die Hälfte (47 %) aller Beschäftigten im Verarbeitenden Gewerbe tätig, darunter 63 % der Hochqualifizierten. Auch an der Forschungs- und Entwicklungsleistung sind die Schlüsselindustrien überproportional beteiligt: 89 % der FuE-Ausgaben und 84 % der FuE-Beschäftigten im Verarbeitenden Gewerbe entfallen auf diese Branchen.

Die Schlüsselindustrien sind dabei sowohl untereinander als auch mit anderen Branchen eng verflochten: Sie generieren Nachfrage in vorgelagerten Branchen und wirken als Innovationstreiber in zahlreichen Wertschöpfungsketten. Die Schlüsselindustrien lösen damit erhebliche indirekte und induzierte Effekte aus, so dass ihre volkswirtschaftliche Bedeutung weit über die direkte Bruttowertschöpfung hinausgeht, sei es durch die Nachfrage nach Zulieferprodukten oder durch Investitionen in Forschung und Entwicklung.

Auch hinsichtlich ihrer wirtschaftlichen Dynamik schneiden die Schlüsselindustrien überdurchschnittlich ab. Sie verzeichneten in den letzten Jahren höhere Wachstumsraten bei Beschäftigung, Bruttowertschöpfung und FuE-Ausgaben als das Verarbeitende Gewerbe insgesamt. Gleichzeitig befindet sich die deutsche Industrie und damit auch die Schlüsselindustrien in einer schwierigen Lage. Die Dynamik ist rückläufig und ein Trend zur Deindustrialisierung stellt eine reale Gefahr dar.

Angesichts ihrer zentralen Rolle ist es von Bedeutung, die Herausforderungen dieser Schlüsselindustrien zu analysieren, zu priorisieren und gezielte Maßnahmen zu entwickeln, um ihre Wettbewerbsfähigkeit und Innovationskraft langfristig zu sichern und damit auch den Wirtschaftsstandort Deutschland insgesamt zu stärken. Denn: Die Schlüsselindustrien bieten ein erhebliches Potenzial, insbesondere im Bereich der Zukunftstechnologien. Dieses Potenzial erfolgreich zu nutzen, kann zu einer dynamischen Entwicklung führen und neue Wachstumsimpulse erzeugen.



Kernbotschaft: Zukunft der deutschen Schlüsselindustrien sichern

Die Schlüsselindustrien Deutschlands – Automobil-, Pharma-, Elektro-, Digital-, Chemieindustrie sowie Maschinenbau – sind für die Beschäftigung, die Bruttowertschöpfung und die Forschung von entscheidender Bedeutung. Sie stehen jedoch vor Herausforderungen, die ihre Wettbewerbsfähigkeit gefährden können. Um den Wirtschaftsstandort Deutschland zu stärken, sind gezielte Maßnahmen zur Verbesserung der Rahmenbedingungen notwendig.

Überblick zu den wesentlichen Herausforderungen

Die identifizierten Schlüsselindustrien sehen sich mit einer Reihe bedeutender Herausforderungen konfrontiert, die sowohl interne als auch externe Faktoren umfassen und zum Teil eng miteinander verknüpft sind. Diese Herausforderungen betreffen zentrale wirtschaftliche, technologische und strukturelle Aspekte und erfordern zeitnah ein koordiniertes Vorgehen von Politik und Wirtschaft.



Wesentliche Herausforderungen

■ **Veraltete Infrastruktur**

Die öffentlichen Investitionen Deutschlands in die Infrastruktur sind vergleichsweise niedrig, so zum Beispiel in die Verkehrsinfrastruktur, in die Deutschland seit 2010 mit durchschnittlich 1,6 % des BIP deutlich weniger investiert als der EU-Durchschnitt von 2,1 %. (Eurostat 2024a)

■ **Investitionsschwäche im privaten Sektor**

Im dritten Quartal 2024 lagen die Unternehmensinvestitionen in Deutschland preisbereinigt um 6,5 % und die gesamten privaten Investitionen um 8,3 % unter dem Vorkrisen-Niveau von Ende 2019. (KfW 2024)

■ **Energiekosten und Energieversorgung**

Die Energiekosten in Deutschland sind deutlich höher als bei den internationalen Wettbewerbern. So liegt der Preis für Industriestrom etwa um den Faktor 1,5 über dem Niveau der USA und Chinas. (Prognos/vbw 2023, Eurostat 2024b)

■ **Dekarbonisierung**

94 % der Unternehmen in Deutschland haben Maßnahmen zur Reduzierung ihrer Treibhausgasemissionen ergriffen (EIB 2025). Die damit verbundenen Kosten können die Wettbewerbsposition deutscher Unternehmen schwächen. Hintergrund sind häufig strengere regulatorische Vorgaben als in anderen Ländern.

■ **Einfluss geopolitischer Unsicherheiten auf Lieferketten und Absatzmärkte**

Die relative Stärke der EU bei Handelsabkommen nimmt ab: Der Anteil der regionalen Freihandelsabkommen mit EU-Beteiligung beträgt derzeit nur noch 13 % gegenüber 20 % im Jahr 2000. Dies hat eine Einschränkung der Absatz- und Importmärkte zur Folge. (WTO 2024)

■ **Demografie und Fachkräftemangel**

Viele Fachkräfte stehen kurz vor dem Renteneintritt: 27 % der Beschäftigten in Deutschland sind 55 Jahre alt oder älter. (BA 2024)

■ **Bürokratie und ineffiziente Verwaltung**

Die Bürokratie in Deutschland verursacht jährlich durchschnittlich 146 Milliarden Euro an verlorener Wirtschaftsleistung. (ifo 2024)

■ **Regulierung und langwierige Genehmigungsverfahren**

Über 80 % der Unternehmen in Deutschland betrachten die Regulierung als Hindernis für ihre langfristigen Investitionsentscheidungen. (EIB 2025)

■ **Digitalisierung und technologische Innovationen**

Gemessen an den weltweiten Patentanmeldungen (PCT) liegt der deutsche Anteil nur noch bei 6 %. Im Vergleich dazu liegt der Anteil Chinas bei 26 % und der der USA bei 20 %. (WIPO 2025)

■ **Globaler Wettbewerbsdruck und Industriepolitik**

Im aktuellen IMD Competitiveness Ranking 2024 erreicht Deutschland lediglich den 24. Platz von 67 (IMD 2024). Zum Vergleich: Im Jahr 2014 lag Deutschland noch auf Rang 6.

■ **(Planungs-)Unsicherheiten durch wenig verlässliche Rahmenbedingungen**

85 % der Unternehmen in Deutschland geben an, dass sie aufgrund von Unsicherheiten über die Zukunft bei Investitionen gebremst sind. (EIB 2025)

3 Einige Dinge sind drängender als andere: Was jetzt passieren muss.

Aus Sicht der die Schlüsselindustrien repräsentierenden Verbände sind dabei insbesondere vier zentrale Herausforderungen zu bewältigen, die im branchenübergreifenden Austausch als am drängendsten identifiziert wurden:

1. Globaler Wettbewerbsdruck und Industriepolitik
2. Einfluss geopolitischer Unsicherheiten auf Lieferketten und Absatzmärkte
3. Bürokratie/ineffiziente Verwaltung und Regulierung/langwierige Genehmigungsverfahren
4. (Planungs-)Unsicherheiten durch wenig verlässliche Rahmenbedingungen

Um diesen Herausforderungen wirksam zu begegnen, werden im Folgenden konkrete Lösungsansätze und Handlungsempfehlungen dargestellt.

3.1 Raus aus der Komfortzone: Geopolitische Herausforderungen erfordern entschlossenes Handeln – auch in der Wirtschaftspolitik

Die internationalen Herausforderungen, denen sich die deutsche Industrie gegenüber sieht, sind enorm: globaler Wettbewerbsdruck, aktive Industriepolitik anderer Länder und der Einfluss geopolitischer Unsicherheiten auf Lieferketten und Absatzmärkte.

Aktuelle Herausforderungen der deutschen Industrie im globalen Wettbewerb

Die deutsche Industrie sieht sich derzeit einem wachsenden globalen Wettbewerbsdruck und erheblichen geopolitischen Unsicherheiten ausgesetzt. Eine Konsequenz ist, dass Unternehmen am Standort Deutschland zunehmend vom Wachstum im Rest der Welt abgekoppelt werden. Die Gründe hierfür sind vielfältig und stellen eine erhebliche Belastung und Herausforderung dar. Der Druck auf die deutsche Industrie kommt dabei aus unterschiedlichen Richtungen.

■ **In vielen Branchen herrscht ein (globales) Überangebot an Produkten.**

Dadurch bleibt weniger Raum für die eigenen Produkte. Besonders betroffen sind die Stahl-, Solar- und Automobilindustrie. Dies führt zu Preisdruck, verzerrtem Wettbewerb und schwächt die Innovationskraft.

■ **Es findet weltweit eine technologische Konvergenz statt.**

In vielen Bereichen hat Deutschland seinen technologischen Vorsprung eingebüßt, sodass die industrielle Überlegenheit schwindet und die Marktbedingungen anspruchsvoller werden. In einzelnen Bereichen wie der Solarindustrie oder der Elektromobilität ist Deutschland bereits abgehängt.

■ **Die Standortbedingungen in Deutschland haben sich verschlechtert.**

Das macht die Produktion hierzulande weniger attraktiv. Aktuelle Analysen zeigen, dass Deutschland im globalen Wettbewerb zurückfällt. Bei zwei Dritteln der wichtigsten Standortindikatoren wie Energiepreise, Arbeitskosten, Steuern und Bürokratie liegt der Industriestandort Deutschland bereits heute hinter relevanten Wettbewerbern (BDI 2024).

■ **Es fehlt ein globales „Level Playing Field“.**

Deutsche und andere europäische Unternehmen sehen sich auf den globalen Märkten mit zunehmenden Herausforderungen konfrontiert, die durch ungleiche Wettbewerbsbedingungen bedingt sind. Diese resultieren aus staatlichen Subventionen, die in anderen Ländern im Rahmen strategischer Handels- und Industriepolitik gewährt werden, sowie aus dort weniger strengen Regulierungen. Zusätzliche Handelsbarrieren, wie der aktuelle Zollkonflikt mit den USA, erschweren einen fairen Wettbewerb. Geopolitische Spannungen verschärfen die Situation weiter und haben weitreichende Auswirkungen auf internationale Wertschöpfungsstrukturen.

Maßnahmen zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Industrie

Viele der Maßnahmen profitieren von einer engen europäischen Abstimmung. Eine koordinierte Strategie auf EU-Ebene trägt dazu bei, Abhängigkeiten zu verringern, die Versorgungssicherheit zu erhöhen und Wettbewerbsnachteile auszugleichen, wodurch langfristig die Wettbewerbsfähigkeit und Resilienz der deutschen Industrie gestärkt wird.

■ **Stärkung und Weiterentwicklung des EU-Binnenmarkts**

Ein starker EU-Binnenmarkt ermöglicht Unternehmen einen einfachen Zugang zu Märkten und Handelspartnern. Um im globalen Wettbewerb attraktiv zu bleiben, müssen Standortbedingungen geschaffen werden, die Innovation und Wertschöpfung fördern. Die Harmonisierung von Regulierungen und der Abbau nationaler Ausnahmeregelungen sind entscheidend, um den freien Warenverkehr und den Zugang zu Technologien im EU-Binnenmarkt zu gewährleisten. Nationale Vorgaben wie Quoten oder Labels können hingegen den Wettbewerb behindern. Die Vertiefung des EU-Binnenmarktes, insbesondere im Dienstleistungsbereich, könnte zudem das wirtschaftliche Gewicht der EU erhöhen und die EU für Unternehmen aus Drittstaaten attraktiver machen. Die Harmonisierung von Vorschriften und der Abbau nationaler Barrieren sind dabei ebenso entscheidend wie der Ausbau der Digitalisierung und der grenzüberschreitenden Infrastruktur, um ein effektives Wachstum in diesem Bereich zu ermöglichen. Auch die Forcierung der Banken- und Kapitalmarktunion würde den EU-Binnenmarkt attraktiver machen, indem die Integration der Finanzmärkte gestärkt und der Zugang zu Kapital für Unternehmen erleichtert würde.

■ **Mehr Freihandelsabkommen mit relevanten Ländern**

Die EU kann ihre Wettbewerbsfähigkeit durch den Zugang zu offenen Märkten stärken, was europäischen Unternehmen den Zugang zu internationalen Märkten erleichtert und Exporte fördert. Angesichts zunehmender protektionistischer Tendenzen und insbesondere vor dem Hintergrund der aktuellen Handelskonflikte mit den USA ist es wichtig, den freien und fairen, d.h. regelgebundenen, Handel zu unterstützen und die verhandelten Inhalte der Abkommen im Einklang mit den Prinzipien des Freihandels zu gestalten. Der Schwerpunkt sollte zunächst auf Industriegütern liegen, da diese weniger konflikträftig sind. Derzeit sind wichtige Handelsabkommen ins Stocken geraten, wie die Verhandlungen mit Indien und die Abkommen mit den ASEAN-Staaten. Gezielte Abkommen mit relevanten Ländern sind wichtig, um den Zugang zu wichtigen Märkten zu erweitern und Exporte zu steigern, wie die Beispiele CETA mit Kanada und JEFTA mit Japan zeigen. Auch das Mercosur-Abkommen kann als vorläufiger Erfolg zur Förderung der Handelsbeziehungen mit Argentinien, Brasilien, Paraguay und Uruguay gewertet werden.

■ **Sicherung der EU-Binnenmarktkonformität**

Zur Sicherstellung der EU-Binnenmarktkonformität gehört unter anderem eine klare Regulierung digitaler Dienste. In diesem Zusammenhang müssen bestehende EU-Rechtsvorschriften

wie der Digital Services Act, die Marktüberwachungsverordnung oder die Produktsicherheitsverordnung konsequent umgesetzt werden, um die Wettbewerbsbedingungen zwischen Unternehmen aus der EU und Drittstaaten zu harmonisieren. Darüber hinaus ist zu prüfen, inwieweit das Zollmodell im Hinblick auf den Online-Handel angepasst werden sollte, um gegen nicht konforme Produkte, die auf den Binnenmarkt gelangen, vorzugehen. Auch bieten digitale Dienstleistungen, die zu einem großen Teil aus den USA bezogen werden, strategische Möglichkeiten für Gegenmaßnahmen im Rahmen des Zollkonflikt mit den USA. Im Falle einer technologischen Überlegenheit eines anderen Landes mit starken staatlichen Eingriffen in Unternehmen können ein verstärkter Rückgriff auf und mehr Anreize für Joint Ventures zudem den Technologietransfer fördern und den Zugang zu neuem Know-how sichern, was wiederum die inländische Investitionstätigkeit stärkt.

■ **Zurück zur Angebotspolitik**

Entscheidend für die Wettbewerbsfähigkeit der Industrie ist eine moderne Angebotspolitik. Dazu gehören eine international wettbewerbsfähige Steuer- und Abgabepolitik, bessere Abschreibungsmöglichkeiten sowie eine leistungsfähige Infrastruktur. Bürokratieabbau und schlankere Genehmigungsverfahren sind notwendig, um Markteintritte und private Investitionen zu erleichtern. Zudem sind bessere Rahmenbedingungen für Forschung und Entwicklung sowie steuerliche Anreize und schnellere Genehmigungsverfahren notwendig.

■ **Industriepolitik nur punktuell und strategisch einsetzen**

In einer zukunftsorientierten Wirtschaftspolitik sollte Industriepolitik nur punktuell und streng kriteriengestützt zum Einsatz kommen. Diese Kriterien sind sorgfältig zu entwickeln. Im Ergebnis könnte dies beispielsweise bedeuten, dass Unterstützung bei der Dekarbonisierung durch grüne Leitmärkte und Carbon Contracts for Difference (CCfDs) bereitgestellt wird. Zudem wäre es denkbar, dass strategische Produktionskapazitäten oder Reserven aufgebaut werden. Dabei ist es wichtig, Unterschiede zwischen verschiedenen Produkten zu berücksichtigen, wie etwa zwischen überlebenswichtigen Antibiotika und weniger kritischen Gütern wie Solarzellen. Daher gilt es auch hier, anhand klarer Kriterien zu prüfen, wo es sinnvoll ist, Reserven aufzubauen, beispielsweise anhand der Kosten, die entstehen, wenn ein Produkt kurzfristig nicht verfügbar ist. Der Wert dieser Versorgungssicherheit und die damit häufig verbundenen höheren Kosten sollten dabei stets sorgfältig abgewogen und eine möglichst kosteneffiziente Ausgestaltung der Maßnahmen angestrebt werden. Auch in diesem Zusammenhang gilt es, die Effizienzpotenziale des europäischen Binnenmarktes gezielt zu nutzen und in eine koordinierte Gesamtstrategie einzubinden.



Kernbotschaft: Herausforderungen und Maßnahmen der deutschen Industrie im globalen Wettbewerb

Die deutsche Industrie steht vor Herausforderungen wie globalem Wettbewerbsdruck, geopolitischen Unsicherheiten und ungünstigen Standortbedingungen. Ein Überangebot in einigen Branchen und die technologische Konvergenz mindern die Wettbewerbsfähigkeit. Mögliche Maßnahmen zur Stärkung umfassen u.a. die Weiterentwicklung des EU-Binnenmarktes, den Abschluss von Freihandelsabkommen und punktuell eine gezielte Industriepolitik. Darüber hinaus sind eine moderne Angebotspolitik und die

Sicherstellung der EU-Binnenmarktkonformität entscheidend, um ein globales „level playing field“ zu gewährleisten.

3.2 Regulierung entschlacken: Mehr Effizienz und Planungssicherheit

Neben den internationalen Herausforderungen, mit denen die deutsche Industrie konfrontiert ist, stellt die überbordende und teilweise sehr kleinteilige Regulierung eine große Herausforderung dar. Besonders belastend sind umfangreiche Berichtspflichten, langwierige Genehmigungsverfahren und unklare bzw. kurzfristig von der Politik veränderte Rahmenbedingungen, wie beim Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz oder in der Bau- und Immobilienregulierung. Dies sind erhebliche Hemmnisse, die die Innovationskraft der deutschen Wirtschaft bremsen.

Überbordende Regulierung ist Hemmschuh und Herausforderung

Regulierung per se ist nicht schlecht: Sie sorgt etwa für Rechtssicherheit, schützt die Gesundheit oder stärkt das Verbrauchervertrauen. Für Unternehmen ist jedoch entscheidend, dass Prozesse effizient gestaltet und Anforderungen klar definiert sind, um Innovation und Wachstum nicht zu bremsen.

Aktuell zeigen sich jedoch erhebliche Herausforderungen: Überbordende und zum Teil widersprüchliche Regulierungen sowie eine überlastete Verwaltung führen dazu, dass Angestellte in Unternehmen einen beträchtlichen Anteil ihrer Arbeitszeit mit bürokratischen Aufgaben verbringen, was die Produktivität beeinträchtigt. Hier besteht dringender Handlungsbedarf.

Es ist daher notwendig, bestehende Regulierungen kriteriengeleitet auf Kosten und Nutzen hin zu überprüfen und eine Entlastungsagenda zu entwickeln, die komplexe Vorschriften vereinfacht und digitale Lösungen nutzt. Zu hohe regulatorische Belastungen führen dazu, dass Unternehmen Investitionen zurückstellen oder ins Ausland verlagern, was die Wachstumsschwäche weiter verschärft.

Maßnahmen zur Reduzierung regulatorischer Hürden

Um die regulatorische Belastung der Unternehmen zu reduzieren und gleichzeitig den notwendigen stabilen Rechtsrahmen zu erhalten, sind zwei zentrale Aspekte zu berücksichtigen: Erstens die inhaltliche Überprüfung bestehender Regelungen und zweitens die Optimierung von Verwaltungsabläufen und die Zusammenarbeit mit Behörden.

1. Inhalte auf den Prüfstand stellen:

■ **Regulierungen überprüfen und weiterentwickeln**

Es gilt, zu prüfen, welche Regelungen ihren ursprünglichen Zweck erfüllen oder veraltet sind und ob bestehende Instrumente, wie umfangreiche Berichtspflichten, die besten Optionen zur Zielerreichung sind. Eine solche Überprüfung sollte kriteriengestützt und unter Berücksichtigung von Kosten- und Nutzenabwägungen erfolgen. Ein Beispiel hierfür ist das

Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz: Es sollte zwar mehr Transparenz schaffen, führte jedoch zu erheblichem bürokratischem Aufwand und entsprechenden Kosten. Die neue Bundesregierung plant daher, es abzuschaffen und durch ein neues, bürokratieärmeres Gesetz zu ersetzen. Auch die EU-Kommission strebt bspw. mit der Omnibus-Initiative eine Vereinfachung von Berichtspflichten an, um Doppelstrukturen zu vermeiden und Bürokratie abzubauen. Deutschland sollte diesen Ansatz unterstützen und sich für ein innovationsfreundliches Regulierungsklima auf europäischer Ebene einsetzen.

■ **Klare Definitionen im Bereich Künstlicher Intelligenz schaffen Rechts- und Planungssicherheit**

Wie in vielen Bereichen ist auch bei der Regulierung von KI eine klare Definition entscheidend für Rechts- und Planungssicherheit. Der AI Act der Europäischen Kommission zielt darauf ab, KI unter ethischen Gesichtspunkten zu regulieren, jedoch führen unklare Definitionen, insbesondere zur „Hochrisiko-KI“, zu Unsicherheiten bei kleinen und mittleren Unternehmen. Begleitende Leitlinien könnten hier hilfreich sein.

■ **Gold Plating vermeiden – klare Abstimmung zwischen nationaler und europäischer Regulierung**

Für die Weiterentwicklung des regulatorischen Rahmens ist eine bessere Abstimmung zwischen nationalen und europäischen Anforderungen entscheidend. Nationale Regelungen sollten keine Unsicherheiten durch Überschneidungen oder Abweichungen schaffen. Insbesondere „Gold Plating“-Effekte, also nationale Vorgaben, die über europäische Anforderungen hinausgehen, sind zu vermeiden. Uneinheitliche Umsetzungen europäischer Vorgaben erhöhen den Aufwand für Unternehmen. Eine einheitliche Regelung könnte Doppelarbeit, unnötige Hürden und daraus resultierende Wettbewerbsnachteile inländischer Unternehmen reduzieren.

2. Verfahren effizienter gestalten:

■ **Mehr Transparenz**

Mehr Transparenz bei neuen Regulierungen ist entscheidend für Unternehmen, um sich frühzeitig an kommende Anforderungen anzupassen. Klare, verlässliche Informationen, besonders in dynamischen Bereichen wie Nachhaltigkeit und künstlicher Intelligenz, sind notwendig, um informierte Entscheidungen zu treffen.

■ **Mehr Unterstützung für Unternehmen seitens der Behörden**

Um die Wettbewerbsfähigkeit zu stärken, sollten Behörden mehr Unterstützung bieten. Verwaltungseinheiten müssen als praxisnahe Anlaufstellen agieren und verständliche Leitfäden sowie effiziente digitale Kommunikationswege bereitstellen. Eine Digitalisierung der Verwaltungsprozesse kann Verfahren beschleunigen, Bürokratie reduzieren und Unternehmen bei der Umsetzung regulatorischer Anforderungen helfen. Für die erfolgreiche Umsetzung sind neben rechtlichen Grundlagen insbesondere auch bundesweit einheitliche Standards sowie entsprechende fachliche und technische Voraussetzungen erforderlich.

■ **Schweigen als Zustimmung**

Um langwierige Genehmigungsverfahren zu verkürzen und Verwaltungsabläufe effizienter zu gestalten, kann die Einführung der stillschweigenden Zustimmung in bestimmten Bereichen eine wirksame Maßnahme sein. Dabei wird festgelegt, dass ein Antrag automatisch als genehmigt gilt, wenn die zuständige Behörde nicht innerhalb einer bestimmten Frist entscheidet. Solche Genehmigungsverfahren haben sich z.B. in den Niederlanden mit der "lex silencio

positivo" in Bereichen wie Baugenehmigungen, aber auch bei Unternehmensgründungen bewährt.

■ **Planungssicherheit stärken**

Rechts- und Planungssicherheit sind entscheidend, um Verfahrensverzögerungen zu vermeiden und Projekte effizient und im geplanten Kostenrahmen umzusetzen. Eine konsistente und langfristig angelegte Steuerpolitik sowie langfristig gesicherte Finanzierungslinien, insbesondere für Verkehrs- und digitale Infrastrukturen, sind dafür unerlässlich. Zudem müssen klare und verlässliche Standards im Umweltrecht geschaffen werden, um Unsicherheiten durch sich schnell ändernde Vorgaben zu reduzieren und langwierige Neuprüfungen zu vermeiden. Beispiele wie die Abschaffung der Kaufprämie für Elektroautos oder die drastische Erhöhung des Herstellerzwangsrabatts für Arzneimittel im Jahr 2023 zeigen, wie kurzfristige politische Änderungen die Planungssicherheit von Unternehmen gefährden können.

i

Kernbotschaft: Regulierungsdruck für die deutsche Industrie

Die deutsche Industrie sieht sich durch eine überbordende und kleinteilige Regulierung vor erhebliche Herausforderungen gestellt, die ihre Innovationskraft beeinträchtigen. Umfangreiche Berichtspflichten, langwierige Genehmigungsverfahren und unklare, sich schnell ändernde Rahmenbedingungen sind wesentliche Hemmnisse. Es besteht dringender Handlungsbedarf, bestehende Regulierungen zu überprüfen, um bürokratische Belastungen abzubauen. Mögliche Maßnahmen umfassen die Optimierung von Verwaltungsabläufen, die Vermeidung von „Gold Plating“ und die Stärkung der Rechts- und Planungssicherheit.

4 **Fazit**

Die deutschen Schlüsselindustrien sind von entscheidender Bedeutung für die wirtschaftliche Stabilität und Innovationskraft des Landes. Gleichzeitig sehen sich diese Industrien mit zahlreichen Herausforderungen konfrontiert, die ihre Zukunftsfähigkeit gefährden. Hierzu zählen insbesondere die derzeit zunehmenden geopolitischen Unsicherheiten, der globale Wettbewerbsdruck, Bürokratie und Regulierung sowie wenig verlässliche Rahmenbedingungen.

Die Politik ist daher aufgefordert, zeitnah Maßnahmen zu ergreifen, um die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Industrie zu sichern und den Verlust von Wertschöpfung und Arbeitsplätzen zu verhindern. Der Koalitionsvertrag der künftigen Bundesregierung greift im Sinne der geforderten Maßnahmen bereits gute Ansätze auf, nun kommt es aber entscheidend auf die Umsetzung an. Es müssen stabile und verlässliche Rahmenbedingungen geschaffen werden, um Planungssicherheit für die Unternehmen zu gewährleisten. Nur durch entschlossenes Handeln kann die deutsche Industrie ihre Position im globalen Wettbewerb behaupten.

Quellenverzeichnis

BA (2024): *Beschäftigungsstatistik*. Bundesagentur für Arbeit

BDI (2024): *Transformationspfade für das Industrieland Deutschland*. Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI)

EIB (2025): *EIB-Investitionsumfrage: Überblick Europäische Union*. Europäische Investitionsbank

Eurostat (2024a): *Ausgaben des Staates nach Aufgabenbereichen (COFOG)*. Europäische Kommission, Eurostat

Eurostat (2024b): *Preise Elektrizität für Nichthaushaltskunden*. Europäische Kommission, Eurostat

ifo (2024): *Kosten der Bürokratie – Reformen dringend geboten*. ifo Schnelldienst 11/2024

IMD (2024): *World Competitiveness Ranking - Results*. International Institute for Management Development (IMD)

KfW (2025): *Investitionsentwicklung in Deutschland – eine Bestandsaufnahme*. KfW Research

Prognos/vbw (2023): *Internationaler Energiepreisvergleich für die Industrie*. Studie im Auftrag der Vereinigung der bayerischen Wirtschaft.

WIPO (2025): *IP Facts and Figures*. World Intellectual Property Organization.

WTO (2024): *Regional Trade Agreements – Database*. World Trade Organization.